

## Aktuelle Pressemitteilung

«You name it - we pay it»:

## **Wie Cargolux die Gemeinden zu einem positiven Gutachten nötigt**

Da wird seitens der Regierung / des Innenministeriums der Entwurf eines neuen Flächennutzungsplans für den „Flughafen und Umgebung“ vorgelegt, der nach Ansicht des Mouvement Ecologique und der Interessensvereine recht umstritten ist. Der Schutz von Mensch und Umwelt - und vor allem der Zusammenhang zwischen Bebauung und zu erwartenden Lärmbelastung - schien bei diesem Plan, weniger im Vordergrund gestanden zu haben als vermeintliche wirtschaftliche Interessen der Betreiber. Eine Abwägung der Interessen scheint nicht stattgefunden zu haben.

Wen mag es da wundern, dass sich auch die Gemeinden, die gemäss Gesetz ein Gutachten abgeben müssen, schwer tun mit dem Entwurf. Ja, die Stadt Luxemburg hat sogar unumwunden eine sehr fundierte, negative Stellungnahme abgegeben.

Was sich aufgrund dieser negativen Stimmung gegenüber dem *unausgereiften* Flächennutzungsplan nun aber die Cargolux herausnimmt, ist dann aber ein dickes Stück.

Da erdreistet sich die Cargolux doch tatsächlich eine Art „Chantage“ mit den Gemeinden zu betreiben, wie ihr (offener) Brief an die Gemeinde Sandweiler aufzeigt. In diesem Brief wird der Gemeinde tatsächlich die jährliche Einnahme von 3 Millionen Euro in Aussicht gestellt, falls eine äusserst umstrittene Wartungshalle auf Sandweiler Boden errichtet werden könnte...! Diese Vorgehensweise der Cargolux stellt für den Mouvement Ecologique eine absolut unzulässige Beeinflussung einer laufenden Prozedur dar!

Einerseits reduziert der (offene) Brief der Cargolux die aktuelle Diskussion auf rein finanzielle Aspekte (für Sandweiler würde eine solche Einnahme mehr als eine Verdoppelung der derzeitigen Gewerbesteuereinnahmen darstellen). Andererseits muss aber auch die Frage erlaubt sein, ob die Cargolux befürchtet, dass der vorliegende Flächennutzungsplan mit derart negativen Auswirkungen verbunden ist, dass er sich nur durchsetzen lässt, wenn die Gemeinden mit hohen finanziellen Mehreinnahmen geködert werden?

Und eine weitere Frage sei erlaubt: soll eine andere Standortgemeinde des Flughafens diese Gewerbesteuereinnahmen verlieren? Und wurde das dieser Gemeinde mitgeteilt? Oder wurde anderen Gemeinden ähnliches versprochen?

Somit kommt die Vorgehensweise der Cargolux einer öffentlichen Nötigung der Gemeinde gleich! Welcher Bürgermeister, Schöffe und Gemeinderat kann aufgrund solcher „Angebote“, einer solchen « Chantagesituation » noch eine freie Meinung äussern? Was sind, unter solchen Voraussetzungen die Gutachten der Gemeinden zum Bodennutzungsplan Flughafen und Umgebung noch wert? Wird das Geldargument die Anliegen der Flughafenanrainer, was ihre Lebensqualität angeht, nun definitiv verdrängen?

Der Cargolux-Brief, der kurz vor den entscheidenden Sitzungen der Gemeinderäte aus Niederanven, Sandweiler und Schüttringen publik wurde, zeigt aber auch die ganze Unzulänglichkeit des zur Diskussion stehenden Bodennutzungsplans Flughafen und Umgebung (POS) auf. Zur Zeit freut sich die Gemeinde, mit dem Sitz des Betriebes über den Löwenanteil (90%) der Gewerbesteuer, während die Nachbargemeinden fast leer ausgehen und trotzdem Fluglärm zu erdulden haben. Daher ist zwischen den Gemeinden ein regelrechter Wettkampf entbrannt, um die Gunst der Luftfahrtgesellschaften in der Hoffnung auf satte Gewerbesteuereinnahmen, die aufgrund der rückläufigen Einnahmen für die Gemeinden bitter nötig sind (Kürzlich ist Sandweiler gegen Niederanven sogar vor Gericht gezogen).

Anstatt nun die regionalplanerische Herausforderung anzunehmen, diesen Streit zu beenden und die Einnahmen zwischen den betroffenen Gemeinden gerechter aufzuteilen als bisher, lässt der Bodennutzungsplan dieses Problem aussen vor. Zu heiss scheint dieses Eisen zu sein, obwohl das Landesplanungsgesetz vorgibt im POS für eine harmonische Entwicklung der Region Sorge zu tragen...

Nur: was ist noch der Sinn eines von der Landesplanung erstellten Bodennutzungsplanes, wenn solche und auch andere - auch von der Stadt Luxemburg bereits erwähnte Probleme - nicht gelöst werden?

Ein möglicher Ansatzpunkt wäre gewesen: Schaffung einer nationalen Industriezone 'Findel' mit Sitz der Fluggesellschaften und Verteilung der Gewerbesteuereinnahmen zwischen den betroffenen Gemeinden. Dies hätte das Ausspielen von Gemeinden gegeneinander verhindert und dazu beigetragen, eine Nutzungsplanung „*selon les regles de l'art*“ zu erstellen und im regionalen Zusammenhang einem Konsens zuzuführen.

Stattdessen werden mit dem Entwurf des Nutzungsplanes die Probleme durch das Innenministerium auf die Gemeinden abgewälzt. Mit der Philosophie des neuen Landesplanungs-Programmes (der rezent veröffentlicht wurde) hat ein solches Vorgehen nichts mehr gemeinsam!

Der aktuelle POS-Entwurf verdient deshalb nur ein negatives Gutachten und muss dringend überarbeitet werden.

Mouvement Ecologique